

**Rede von Regierungsrat Dr. Christoph Eymann  
anlässlich der staatlichen Schulsynode vom 20. März 2013**

Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Frau Hintermann  
Sehr verehrte Vorstandsmitglieder der staatlichen Schulsynode  
Lieber Lehrerinnen  
Liebe Lehrer

Bei einem kürzlichen Schulbesuch hat mir eine Schulleiterin von einem Gespräch in ihrem Kollegium berichtet. Ein erfahrener Kollege habe zur Schilderung des Verhältnisses zwischen Unterricht und übrigen Aufgaben das Bild einer Pyramide herangezogen. Früher habe die Basis der Pyramide im Erteilen von Unterricht bestanden und die Gespräche mit Eltern, Behörden usw. seien die Spitze der Pyramide gewesen. Heute verhalte sich die Situation gerade umgekehrt: Man müsse mehr Zeit aufwenden für Elterngespräche, Konferenzen, Koordinationssitzungen und Administratives, als für den Unterricht.

Wenn auch nicht genau die Umkehrung der Pyramide gegeben sein dürfte; die Aussage geht in die richtige Richtung. Die Nachbereitung des Unterrichts – z.B. der Korrekturaufwand – ist zwar weniger geworden, denn die Klassen sind kleiner als in den 70er-Jahren. Die Unterrichtsvorbereitung aber ist mehr geworden. Und mehr geworden sind ohne Zweifel die Aufgaben im Umfeld des Unterrichts.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Nicht alle Ursachen sind von uns, das heisst von der Politik und von der Verwaltung, beeinflussbar.

Unsere Bevölkerung ist anders zusammengesetzt als früher.

Die Kooperation mit den Eltern ist schwieriger geworden. Wie alle altehrwürdigen Institutionen muss auch die Schule ihre Autorität stärker als früher rechtfertigen und behaupten. Die Erwartungen der Eltern an die Schule sind vielfältiger denn je. Bildungsambitionierte Eltern wollen, dass ihr Kind in jedem Augenblick persönlich zu höchsten Leistungen ermutigt und angeleitet wird und die Lehrerin am besten täglich über die Lernfortschritte und Lernprobleme rapportiert. Auf der andern Seite sind jene Eltern, die ihren Kindern und der Schule die Unterstützung versagen, sei es, dass sie diese Unterstützung nicht geben können, sei es, dass sie es nicht wollen. Verstehen Sie mich nicht falsch: Es wäre falsch, von einem negativen Elternbild auszugehen. Aber der Pluralismus hat auch vor unserer Elternschaft nicht Halt gemacht. Und das kann die Schule nicht mit Verhärtung, Distanzierung oder Sanktionen auffangen, sondern mit Kooperation. Und Kooperation kann auch mühselig sein.

Gewachsen ist auch der Koordinationsaufwand im Kollegium. Der Trend zu Teilzeitpensen und das Konzept der Integration erfordern mehr Absprachen unter den Lehr- und Fachpersonen. Wir kennen Ihre Forderung, sich auf das „Kerngeschäft“ – und damit ist die Unterrichtserteilung gemeint – konzentrieren zu können. Es stellt sich aber die Frage, ob heute unter „Kerngeschäft“ noch dasselbe verstanden werden kann wie früher. Wenn wir mit dem Unterricht allein wichtige Ziele der Schule nicht erreichen können, müssen wir uns auch um das weitere Umfeld, das für den Lernerfolg entscheidend ist, kümmern. Wenn die Eltern ihrer Aufgabe nicht mehr nachkommen können oder wollen, den Lernerfolg ihrer Kinder bestmöglichst zu unterstützen, stellt sich die Frage, ob wir dieses Vakuum stillschweigend zur Kenntnis nehmen sollen oder ob wir – dem Kindeswohl verpflichtet – weitere Anstrengungen unternehmen ausserhalb des Unterrichtsbereichs. Wenn der Druck der Arbeitswelt auf die Qualifikation der jungen Leute grösser wird, können wir uns dann mit einem Minimum begnügen? Dürfen wir Massnahmen nicht ergreifen, die für die Schülerinnen und Schüler zu besseren Voraussetzungen führen können?

Unser Auftrag ist klar. Er ist durch Verfassung und Gesetze vorgegeben. Es gilt, die Umsetzung dieses generellen Auftrags der Zeit anzupassen. Das versuchen wir zu tun.

Dies führt zu anderer und grösseren Belastungen für Sie.

In meinen Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern höre ich immer wieder von den Schwierigkeiten mit der Integration. Ich nehme wahr, dass nicht Kinder mit einer Behinderung zu belasteten Situationen führen, sondern solche, die den Unterricht stören. Auch Kinder und Jugendliche mit Verhaltensstörungen haben Anspruch auf unsere Unterstützung und Fürsorge. Aber hier hat das integrative Modell Grenzen. Die Volksschulidee ist immer eine integrative. Der politische Liberalismus hat die schweizerische Volksschule im 19. Jahrhundert geschaffen als Grundlage für eine demokratische Gesellschaft, als soziale Klammer. Heute darf man sagen, dass die Schule vielleicht die letzte, sicher aber die wichtigste Klammer ist. Deshalb unterstütze ich die Volksschulidee. Sie hat aber ihre Grenzen – dort, wo man gegen die Interessen von Kindern und Jugendlichen verstösst und dort, wo man die Tragfähigkeit von Klassen und Lehrpersonen überstrapaziert.

Integrative Schule: Es besteht nicht die Absicht, alle Kinder in Regelklassen zu integrieren. Integrative Schule heisst, dass die Volksschule die Verantwortung für die Bildung aller Schulkinder trägt. Sie schult sie in der Regelschule, wenn immer es möglich ist, in Sonderschulen, wenn es nötig ist. Wir haben die Förderangebote Schritt für Schritt ausgebaut, vor allem an der Primarschule. Es besteht Flexibilität im Einsatz der Personalressourcen im Rahmen der Teilautonomie. Hier werden wir auch in Zukunft ganz genau hinschauen.

Ich habe jetzt über Themen gesprochen, die Sie fordern und belasten. Ich bin mir bewusst, dass Sie vielleicht die Meinung vertreten, dass manche Probleme, mit denen Sie sich heumschlagen müssen, hausgemacht sind, d.h. an der Leimenstrasse generiert werden. Wenn man will, kann man das natürlich so sehen. Man kann auch – um Abhilfe zu schaffen - das Budget des Erziehungsdepartements kürzen, wie das der Grosse Rat im Dezember 2012 getan hat. Als Vertretung des Volkes darf und soll das Parlament der Exekutive und der Verwaltung auf die Finger schauen. Nur darf dann erwartet werden, dass sorgfältig vorgegangen wird und präzise festgehalten wird, welche Aktivitäten zu unterlassen sind. Diese Antwort ist uns das Parlament schuldig geblieben. Wir haben reagiert und haben Stellen gestrichen und weitere Massnahmen zur Senkung der Budgets umgesetzt. Dies ist aber nicht der Weg, um die Belastung der Lehrerin oder des Lehrers zu verringern. Ich zweifle daran, ob es klug ist, sich in dieser Hinsicht Hilfe vom Parlament zu erhoffen. Politische Parteien sind nicht immer resistent gegen populistische Anliegen. So sehen es viele Mitglieder des Grossen Rates nicht gerne, dass Sie sich heute hier versammeln. Das Erziehungsdepartement setzt sich für diesen Tag ein. Lehrerin / Lehrer ist eine Profession. Eine Profession braucht einen Ort und einen Anlass, wo sie sich versammelt, wo über diese professionelle Identität nachgedacht und gesprochen wird, wo sich Lehrpersonen, Heilpädagoginnen, Logopäden, Psychomotoriktherapeutinnen, Sozialpädagogen, Bildungsverwaltung und die Regierung begegnen. Ich halte diesen Tag für unverzichtbar, auch wenn er jetzt öffentlichen Anfeindungen ausgesetzt ist. Und ich setze mich dafür ein, dass auch in Zukunft Unterrichtszeit in Anspruch genommen werden darf.

Von Ihnen wird in dieser Zeit der Reform sehr viel verlangt. Mitwirkung bei der Vorbereitung und Umsetzung der Neuerungen, Offenheit für das künftige Vorgehen und insbesondere das Erteilen von Unterricht neben all den weiteren Aufgaben.

Ja, es passieren uns Fehler. Sie haben vernommen, dass das Sandgruben-Schulhaus nicht in der vorgesehenen Zeit erstellt werden kann. Wir müssen mit Provisorien arbeiten.

Es gibt auch lange Wartezeiten bei der Einweisung in die KIS und Probleme bei der Zuteilung von Lehrkräften auf die Standorte.

Solche und andere Fehler sind ärgerlich. Sie führen zu Mehraufwand – auch für Sie, liebe Lehrerinnen, liebe Lehrer. Dass Sie bereit sind, auch hier die „Ausputzer-Funktion“ wahrzunehmen, zeigt, wie pflichtbewusst Sie Ihren Beruf ausüben. Ich möchte Ihnen auch dafür ganz herzlich danken. Ich bin überzeugt, dass wir trotz dieser und vielleicht auch vieler anderer Fehler oder Unzulänglichkeiten die Ziele erreichen werden.

Von der Pyramide zum Eisberg. In einem Brief an mich wird in nicht ganz stubenreinen Worten unsere Haltung zum Sexualkunde-Unterricht kritisiert. Aus Enttäuschung über den Entschluss, kein zusätzliches Schulhaus auf dem Bruderholz zu bauen, erhalte ich böse Briefe. Wenn die PPP-Wagen über die Leimenstrasse 1 schwappen, hagelt es Protestkundgebungen. Alle diese Briefe enden mit dem Satz, zusammen mit Freunden und Bekannten werde man mich nicht mehr wählen. Und dann denke ich aber auch, das ist nur die Spitze des Eisbergs. Sie, liebe Lehrerinnen und Lehrer, sind Anfeindungen und Zumutungen ausgesetzt – weit mehr als wir in der Verwaltung oder ich persönlich und Sie halten das aus.

Auch hier möchten wir Sie nicht alleine lassen. Ich dulde nicht, dass Lehrpersonen beschimpft oder gar bedroht werden. Das Fehlen von Respekt und Anstand bei gewissen Eltern werden wir nicht hinnehmen. Wir werden Sie unterstützen und ich bin persönlich bereit, unanständige oder renitente Eltern auf ihre Pflichten und den gebotenen Anstand hinzuweisen.

Auch in anderen Bereichen möchten wir der stärkeren Belastung Ihres Alltages Rechnung tragen:

Ein Beispiel für eine solche Unterstützung freut mich besonders, weil sie nach längerem Anlauf zu gelingen scheint: Wir möchten ein Sabbatical für Lehrpersonen einführen.

Auch möchte ich untersuchen lassen, wie sich die Integration auf Schülerschaft und Lehrerschaft auswirkt, ob wir auf dem richtigen Weg sind oder korrigieren müssen.

Aus der Erkenntnis, dass die Unterstützung aus dem Elternhaus oft vollständig fehlt oder ungenügend ist, wollen wir in absehbarer Zeit eine weitere Massnahme durchführen. Wir sind dabei, einen Elternbrief zu entwickeln, in dem Erziehungsaufgaben und Elternpflichten freundlich und umsichtig, aber auch unmissverständlich dargestellt werden. Wenn wir Sie damit entlasten können, soll uns das sehr recht sein.

Auch haben wir uns klar geäussert, dass es im Bereich der Löhne namentlich auf der Kindergarten- und Primarstufe Nachholbedarf gibt. Wir werden uns für selektive Verbesserungen einsetzen und versuchen, Ihre Interessen bestmöglichst zu wahren.

Was mir im Zusammenhang mit Schwierigkeiten, Unzulänglichkeiten und Fehlern aber wichtig ist: Für nichts bin ich dankbarer als für Ihre Liebe zum Unterrichten, für Ihre Fähigkeit, Kinder und Jugendliche zu den allerbesten Leistungen herauszufordern und für Ihre selbstverständliche Bereitschaft, sich dem Einzelnen zuzuwenden. Liebe zum herausfordernden und zugewandten Unterricht – wie oft durfte ich diese Haltung bei den Schulbesuchen der letzten Monate erleben. Was mir aber aufgefallen ist: Der Leitsatz der modernen Didaktik – Individualisierung – kann, so sehr er auch begründet ist, Lehrpersonen an die Grenzen des Möglichen führen. Den Anspruch von Eltern auf individuelle Förderung in jedem Augenblick dürfen Sie, liebe Lehrerinnen und Lehrer, zurückweisen. Als absoluter Anspruch überfordert er die Schule. Kinder müssen auch warten können. Wir wollen keine Egoisten erziehen und bilden. Schulische Bildung heisst immer auch gemeinschaftliche Bildung.

Ich freue mich, dass ich weiter mit Ihnen zusammen arbeiten darf. Auch wenn ich Ihnen an dieser Stelle bereits zwölf Mal danken durfte für Ihre Arbeit mit unseren Kindern und Jugendlichen, tue ich es gerne und überzeugt auch ein dreizehntes Mal – aus vielerlei Gründen – aber sehr tief und herzlich.